



AfD Fraktion im Bezirkstag Oberbayern

Bezirk Oberbayern

Herrn Bezirkstagspräsident

Thomas Schwarzenberger

Prinzregentenstraße 14

80535 München

AfD Fraktion im Bezirkstag Oberbayern

Fraktionssprecher

Christian Demmel

Carl-Jordan-Str. 9

83059 Kolbermoor

bezirksrat@christian-demmel.de

08031 – 23 74 74

13. Oktober 2026

Antrag der AfD-Fraktion zur Aufnahme eines Beratungspunktes auf die Tagesordnung

Sehr geehrter Herr Bezirkstagspräsident Schwarzenberger,

die AfD-Fraktion im Bezirkstag Oberbayern stellt den nachfolgenden Antrag und bittet darum, diesen als eigenständigen Beratungspunkt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Bezirkstags zu setzen und zur Abstimmung zu bringen.

Als Bezirk Oberbayern tragen wir die Verantwortung für die soziale und medizinische Daseinsvorsorge unserer Bürger. Die fortlaufende geopolitische Eskalation und die politisch forcierte Ausrichtung auf eine Rüstungswirtschaft haben direkte, langfristige Auswirkungen auf die finanzielle und strukturelle Handlungsfähigkeit unserer kommunalen Ebene.

Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass es sich hierbei um eine politische Resolution (Positionspapier) handelt. Gerade im Hinblick auf die aktuelle Ausarbeitung von Papieren zur Erinnerungskultur und Demokratiestärkung in den bezirklichen Beiräten und Kommissionen ist es geboten, sich auch im Plenum des Bezirkstags inhaltlich zu diesem Thema zu positionieren. Es ist in der parlamentarischen Praxis aller kommunalen Vertretungskörperschaften üblich und rechtlich zulässig, im Rahmen eines Appells an übergeordnete Gebietskörperschaften den politischen Willen zu äußern, wenn die eigenen gesetzlichen Aufgaben durch übergeordnete Entscheidungen beeinträchtigt werden. Die Zuständigkeit zur Formulierung dieses dringenden Appells ergibt sich direkt aus der Verantwortung für das Wohl der Bürger unserer Region.

Mit freundlichen Grüßen

Christian Demmel

Fraktionsvorsitzender der AfD im Bezirkstag Oberbayern

Fraktionssprecher:
Christian Demmel

Stellv. Fraktionssprecher:
Dr. Tassilo Erhardt

Fraktionsmitglieder
Alois Federl, Andreas Kohlberger, Thomas Musil,
Manuela Schulz, Dirk Wächtler, Martin Wieser,

Antrag / Beschlussvorlage

Für Diplomatie, Deeskalation und Humanität – Verantwortung für den Frieden, den Erhalt unserer sozialen Infrastruktur und das Erbe der Erinnerungskultur in Oberbayern

Der Bezirkstag Oberbayern möge beschließen:

1. **Absage an die Rhetorik der „Kriegstüchtigkeit“:** Der Bezirkstag Oberbayern bekennt sich auf Basis seiner gelebten Erinnerungskultur zu einer strikt friedensorientierten Politik und erteilt der aktuellen Rhetorik der „Kriegstüchtigkeit“ zugunsten einer konsequenten „Friedenstüchtigkeit“ eine Absage.
 2. **Schutz der kommunalen Finanzen und Daseinsvorsorge:** Der Bezirkstag Oberbayern warnt vor den negativen Folgen einer einseitig rüstungsorientierten Politik für die Pflege, die Behindertenhilfe und die psychiatrische Versorgung in den bayerischen Regierungsbezirken und fordert den Schutz der kommunalen Finanzen für die zivile Daseinsvorsorge.
 3. **Appell für Diplomatie und Rüstungsstopp:** Der Bezirkstag appelliert an die Bundesregierung, die bayerische Staatsregierung sowie den Bayerischen Landtag, die NATO-Strategie von Waffenlieferungen, statt Diplomatie kritisch zu hinterfragen, alle diplomatischen Kanäle wieder zu aktivieren und sich für einen sofortigen Waffenstillstand sowie den Stopp von Rüstungsexporten einzusetzen.
-

POSITIONSPAPIER

Für Friedenstüchtigkeit statt Kriegstüchtigkeit – Verantwortung für den Menschen und die Zukunft unserer Heimat

Kernbotschaften im Überblick

- **Friedenstüchtig statt kriegstüchtig:** Wir erteilen der aktuellen Rhetorik der „Kriegstüchtigkeit“ eine klare Absage. Diese Formulierung war bereits eine zentrale Parole der totalitären Propaganda von Joseph Goebbels. Die einzig richtige Konsequenz aus der bayerischen Erinnerungskultur darf nicht die Vorbereitung auf den nächsten Krieg sein, sondern die Pflicht zur zivilen Konfliktlösung.
- **Kommunaler Notstand vor Rüstungswirtschaft:** Unsere Bezirkskliniken (wie die kbo-Kliniken), die ambulante und klinische Pflege sowie die Behindertenhilfe arbeiten am absoluten Limit. Die politisch forcierte Ausrichtung auf eine Rüstungswirtschaft entzieht den bayerischen Bezirken die finanziellen Mittel für diese essentiellen Pflichtaufgaben und gefährdet den sozialen Frieden direkt vor unserer Haustür.

- **Sackgasse der Eskalation:** Die einseitige Schuldzuweisung an Russland greift realpolitisch zu kurz. Wer diplomatische Kanäle kappt, Konsulate schließt und bedingungslos Waffen liefert, wird selbst Teil der Eskalationsspirale. Wir fordern das Überdenken der NATO-Strategie von Waffenlieferungen statt Diplomatie und die Rückkehr zu Gesprächen in beide Richtungen.
- **Unsere Kernforderungen:** Sofortiger Stopp von Waffenlieferungen in Kampfgebiete, Konzentration auf rein humanitäre Hilfe, Wiedereröffnung geschlossener Konsulate und der bedingungslose Schutz der kommunalen Finanzen für die soziale Daseinsvorsorge.

Präambel

Unsere Heimat steht vor einer historischen Weichenstellung. Als gewählte Vertreter auf kommunaler und überörtlicher Ebene erleben wir täglich die direkten sozialen, wirtschaftlichen und menschlichen Auswirkungen einer zunehmend eskalierenden globalen Politik vor Ort.

Wir stellen uns konsequent gegen jede Form von Gewalt und gegen jeden Krieg. Unser Leitprinzip ist der Schutz des menschlichen Lebens, der Erhalt des Friedens und die unmissverständliche Botschaft: Die Menschen in unserem Land wollen keinen Krieg – mit niemandem.

1. Das Fundament unserer Identität: Die oberbayerische Erinnerungskultur als Mahnung

Der Bezirk Oberbayern betreibt eine intensive, historisch unverzichtbare Erinnerungskultur. Das Gedenken an die Grausamkeiten der dunklen Zeiten der Weltkriege und an die inakzeptablen Gewalttaten gegen ganze Bevölkerungsschichten darf kein ritueller Pflichtakt sein. Geschichte muss uns eine lebendige, unumstößliche Warnung sein.

Derzeit wird im Zuge der Stärkung der Demokratie oft einseitig über interne Gefahren debattiert, während gleichzeitig eine besorgniserregende gesellschaftliche Gewöhnung an das Militärische stattfindet. Wenn heute von politisch Verantwortlichen wieder öffentlich gefordert wird, Deutschland müsse „kriegstüchtig“ werden, so ist dies eine historisch folgenschwere Fehlentwicklung.

Die Parole der „Kriegstüchtigkeit“ war ein zentrales Werkzeug der totalitären Propaganda von Joseph Goebbels, um eine Gesellschaft auf den permanenten Konflikt einzuschwören. Die einzig richtige Konsequenz aus den Schrecken der deutschen Geschichte darf niemals die Vorbereitung auf den nächsten Krieg sein.

Unsere Antwort darauf ist eindeutig: Wir müssen **friedenstüchtig** werden, nicht kriegstüchtig! Wahre Stärke und demokratische Reife zeigen sich darin, die Logik des Krieges zu durchbrechen und die Instrumente des zivilen Ausgleichs zu beherrschen.

2. Rechtliche Legitimation und bezirkliche Zuständigkeit

Dieses Positionspapier greift nicht in die Außenpolitikkompetenz des Bundes ein, sondern artikuliert die akute Gefährdung des eigenen, gesetzlich verankerten Aufgabenkreises des Bezirks:

- **Art. 83 Abs. 1 der Verfassung des Freistaates Bayern (BV):** Der eigene Wirkungskreis der Gemeinden und Gemeindeverbände (zu denen die Bezirke gehören) umfasst die Verwaltung ihres Vermögens und die Gewährleistung der sozialen und kulturellen Einrichtungen für das Wohl ihrer Einwohner.
- **Art. 4 Abs. 1 der Bezirksordnung für den Freistaat Bayern (BezO):** Die Bezirke haben in den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit die Aufgaben zu übernehmen, die über die Zuständigkeit der Landkreise und kreisfreien Städte hinausgehen – insbesondere im sozialen, medizinischen und kulturellen Bereich.

Da die Bundespolitik der Rüstungswirtschaft und Eskalation die finanziellen Grundlagen für eben diese bezirklichen Pflichtaufgaben (Pflege, Behindertenhilfe, Psychiatrie) schmälert und die soziale Stabilität vor Ort gefährdet, ist der Bezirkstag im Rahmen seiner politischen Vertretungsfunktion für die Heimatregion nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet, diese Fehlentwicklung gegenüber der Bundes- und Staatsregierung aufzuzeigen. Das Positionspapier dient als legitimer und notwendiger Appell zum Schutz unserer gesetzlichen Daseinsvorsorge.

3. Daseinsvorsorge am Limit: Gefährdung der Kernaufgaben des Bezirks

Als überörtlicher Sozialhilfeträger trägt der Bezirk Oberbayern die fundamentale Verantwortung für die Schwächsten in unserer Gesellschaft. Unsere Kernaufgaben umfassen die umfassende Versorgung und Pflege im ambulanten, häuslichen sowie klinischen Bereich. Ebenso sichern wir die gesellschaftliche Teilhabe und Versorgung von Menschen mit Behinderungen. Über die Kliniken des Bezirks Oberbayern (kbo) organisieren wir zudem die psychiatrische, psychotherapeutische sowie kinder- und jugendpsychiatrische Versorgung.

Diese lebenswichtigen sozialen und medizinischen Netze arbeiten schon heute am absoluten Limit ihrer Leistungsfähigkeit. Jede weitere Belastung durch die unkalkulierbaren gesellschaftlichen und finanziellen Folgen globaler Krisen würde den Bezirk gänzlich überfordern und das soziale Fundament unserer Heimat beschädigen.

4. Kriegswirtschaft und Aufrüstung beeinträchtigen die kommunale Aufgabenerfüllung

Die fortschreitende globale Aufrüstung und die schrittweise Umstellung der Prioritäten auf eine kriegswirtschaftlich geprägte Logik fordern einen unerträglichen gesellschaftlichen Tribut. Sie bedeuten spürbare Einschnitte bei notwendigen Investitionen in die öffentliche Infrastruktur, in soziale Leistungen und beeinträchtigen die kommunale Aufgabenerfüllung.

Wenn finanzielle Mittel in Rüstung statt in Pflege, Schulen, Krankenhäuser und Behindertenhilfe fließen, wird der innere Frieden und der soziale Zusammenhalt direkt vor unserer Haustür gefährdet.

5. Geschichtliche Mitverantwortung und Wege zum Frieden

Jeder Konflikt hat eine komplexe Vorgeschichte. Die Verantwortung für die Entstehung und Eskalation von Konflikten liegt niemals auf nur einer Seite. In der aktuellen geopolitischen Debatte greift die einseitige Schuldzuweisung an die Russische Föderation realpolitisch zu kurz. Eine Politik, die ausschließlich auf Konfrontation, den Abbruch diplomatischer Kanäle und unbegrenzte Rüstungsexporte setzt, läuft Gefahr, sich selbst zum Teil der Eskalationsspirale – und damit im Ergebnis zum Mit-Aggressor – zu generieren.

Wir fordern die kritische Überprüfung der aktuellen NATO-Strategie, die fast ausschließlich auf das Konzept der militärischen Abschreckung und Waffenlieferungen statt auf Diplomatie setzt. Eine dauerhafte Friedensordnung in Europa kann nicht auf der Androhung von Vernichtung, sondern nur durch gemeinsame Sicherheitsarchitekturen und den unermüdlichen Willen zur Kommunikation in beide Richtungen entstehen.

6. Vorrang für Diplomatie und Stopp von Rüstungsexporten

Wir fordern die Bundesregierung auf, die diplomatischen Kanäle umgehend wieder vollständig zu öffnen. Die Schließung von Konsulaten führt zu einer gefährlichen Isolation, die neue Friedenswege blockiert. Um das Sterben auf allen Seiten sofort zu beenden, müssen sämtliche Erweiterungen und Lieferungen von Kriegsgerät in Kampfgebiete eingestellt werden. Deutschlands Rolle muss die eines humanitären Vermittlers sein, nicht die eines Waffenlieferanten.

7. Unser abschließender Appell: Ein Dreiklang aus Moral, Recht und Humanität

Dieses Positionspapier ist mehr als eine Auflistung von Zahlen und Zuständigkeiten. Es ist ein fundamentaler Appell an das Gewissen der politisch Verantwortlichen auf allen Ebenen unseres Staatswesens – begründet auf einem unumstößlichen Dreiklang:

1. **Die moralische Pflicht:** Wer „Nie wieder!“ sagt, darf die Sprache des Friedens nicht verlernen. Es gibt keine moralische Rechtfertigung dafür, eine Gesellschaft auf „Kriegstüchtigkeit“ zu trimmen, während das Sterben auf den Schlachtfeldern durch immer neue Waffenlieferungen künstlich verlängert wird. Unsere höchste moralische Pflicht, die direkt aus der historischen Verantwortung unserer bayerischen Erinnerungskultur erwächst, lautet: Das Töten muss enden – und zwar sofort.
2. **Die rechtliche Verantwortung:** Der Schutz der eigenen Bevölkerung und der Erhalt der inneren zivilen Ordnung sind die vornehmsten Aufgaben des Staates. Unsere Verfassung garantiert den Schutz der kommunalen Selbstverwaltung und die Sicherung der sozialen Daseinsvorsorge. Es ist rechtlich und politisch unverantwortlich, die finanzielle Substanz unserer Bezirke, unserer Kliniken und unserer Pflegeeinrichtungen zugunsten einer globalen Rüstungslogik auszubluten. Wir fordern das Recht auf eine funktionierende Heimat!
3. **Das humane Gebot:** Im Mittelpunkt unseres Handelns steht bedingungslos der Mensch – ungeachtet seiner Nationalität oder Herkunft. Jedes verlorene Menschenleben ist eine Tragödie und ein Versagen der zivilisierten Welt. Wahre Humanität zeigt sich nicht im Liefern von Kriegswerkzeug, sondern im unermüdlichen Bauen von Brücken, im Heilen von Wunden und im mutigen Offenhalten aller diplomatischen Kanäle.

Wir rufen die Mitglieder des Bezirkstags dazu auf, diesen Weg der Vernunft und der Menschlichkeit mitzugehen. Lassen Sie uns gemeinsam ein starkes Zeichen aus den Kommunen senden: **Für eine Zukunft in Frieden, für den Schutz unserer Heimat und für eine unmissverständliche Absage an die Logik des Krieges!**

Mit freundlichen Grüßen



Christian Demmel, AfD Fraktion